



An die
Landesbünde und Mitgliedsgewerkschaften
des dbb beamtenbund und tarifunion

- je besonders -

Bundsvorsitzender

Friedrichstraße 169
D - 10117 Berlin

Telefon 030. 40 81 - 41 01
Telefax 030. 40 81 - 41 99
bundesleitung@dbb.de
www.dbb.de

Berlin, 12. August 2021

Tarifauseinandersetzung der Deutschen Bahn

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

seit Dienstagabend streikt unsere Mitgliedsgewerkschaft GDL im Bereich der Deutschen Bahn. Ein Streik in diesem Bereich, durchgeführt von einer der handlungsfähigsten Gewerkschaften in Deutschland, zeigt natürlich Wirkung – in den Medien und natürlich auch und vor allem für alle Reisenden. – Das ist unumgänglich.

Genau deshalb gehen wir in der dbb Familie mit dem Instrument des Streiks schon immer sehr behutsam um. Die GDL bildet hier keine Ausnahme. Gleichwohl: Wenn der Arbeitgeber keinerlei echten Willen zum Kompromiss erkennen lässt, müssen wir alle streikbereit sein, wenn wir betroffen sind. Und wir sollten alle Solidarität mit den streikenden Kolleginnen und Kollegen üben, wenn wir nicht oder nur mittelbar betroffen sind. Genau diese Solidarität ist jetzt gefragt.

Allerdings ist dies noch nicht einmal eine selbstlose Solidarität. Denn mittelbar betrifft die aktuelle Auseinandersetzung den gesamten dbb und seine Fachgewerkschaften. Folglich ist diese Solidarität sogar in unser aller Interesse. Denn mittelbar hat die aktuelle Auseinandersetzung im Bereich der Deutschen Bahn Auswirkungen für den gesamten dbb und für alle unsere Fachgewerkschaften. Schließlich verweigert die Bahn unseren Kolleginnen und Kollegen von der GDL nicht nur eine angemessene Einkommensentwicklung, sie will vielmehr die GDL als „Querulantenorganisation“ abstemeln. Das ist nicht weniger als ein Angriff auf unser dbb Prinzip der Fachgewerkschaften.

In diesem Zusammenhang wird in den Medien oft von „kleinen“ und von „großen“ Gewerkschaften gesprochen. Gerne wird dann im Bereich der Bahn die Mitgliederzahl der EVG den Zahlen der GDL gegenübergestellt. Was jedoch geflissentlich unterlassen wird, ist, zwei andere – ganz entscheidende – Parameter zu benennen: Konkret geht es um Organisationsgrad und Durchsetzungskraft der GDL. Der Organisationsgrad der GDL im Bereich der Lokführer beträgt mehr als 80 Prozent und ihre Durchsetzungskraft ist erwiesen, ansonsten gäbe es die aktuelle Aufregung nicht. In der öffentlichen Mei-

nung wird häufig die Idee transportiert, eine Gewerkschaft müsse vor allem nach Mitgliederzahlen groß sein. Wir im dbb halten Organisationsgrad und Mitgliederbindung für wesentlichere Faktoren.

Wer nun beim aktuellen Konflikt der GDL sagt, die Anliegen seien ja grundsätzlich verständlich, aber muss ein solcher Streik denn gerade jetzt sein, die EVG (Eisenbahngewerkschaft des DGB) hält sich doch auch zurück, dem sei gesagt, dass die EVG es leicht hat, die Rolle der zurückhaltenden Gewerkschaft zu geben. Schließlich besitzt sie eine Zusage von der DB, dass sie jeden Prozentpunkt, den die GDL über bestehende EVG-Tarife herausholt, automatisch auch bekommt. In der Folge kann die EVG gleichzeitig das Vorgehen der GDL öffentlich anklagen und die Hand aufhalten, falls die GDL ein gutes Ergebnis erzielt.

Zurück zur Frage, ob der Streik gerade jetzt sein muss. Diese Frage lässt sich mit einer Gegenfrage beantworten: Wann hätte oder wann würde er denn besser passen? Es gibt für einen wirkungsvollen Streik keinen „hübschen, allverträglichen“ Zeitpunkt. Und wenn die DB und der Bund, dem die DB zu 100 Prozent gehört, diesen Streik wirklich schnell beenden wollten, müsste die DB dazu übergehen, anstatt unseriöse Scheinangebote in der Öffentlichkeit zu platzieren, seriöse Angebote direkt an die GDL zu machen. So geht verantwortungsvolle Tarifpolitik. Das gilt für die aktuelle Zeit in besonderer Weise!

Übrigens: Früher war jeder Lokführer der damaligen Bundesbahn ein Bundesbeamter. Die Streikfrage stellte sich also gar nicht. Erst als durch politischen Willen aus dem Grundversorger ein Wirtschaftsunternehmen wurde und Lokführer zu Arbeitnehmern wurden, sind Streiks in diesem Bereich überhaupt erst möglich geworden. Die Verschiebung der Prioritäten von der systemrelevanten Grundversorgung zum Wirtschaftsunternehmen war von der Politik so gewollt. Und genauso verhält sich das Management der Bahn ja auch, wenn es sich selbst regelmäßig enorme Gehaltserhöhungen und Boni genehmigt. Dagegen fordert die GDL vom Bundesunternehmen Bahn nur das, was der Bund in der letzten TVöD-Runde auch seinen Arbeitnehmern zugestanden hat.

Die Pandemie hat deutlich gemacht, wie wichtig der öffentliche Dienst ist. Das gilt auch für seine privatisierten Bereiche. Deutlich wurde aber auch – und wir haben das gemeinsam schmerzlich erlebt –, dass zwar viel geklatscht und gelobt wurde, dass aber auch jetzt noch wenig Bereitschaft besteht, die deutlich gewordenen Defizite zügig und entschlossen abzubauen. Das gilt längst nicht nur für den Gesundheitsbereich. Das gilt zum Beispiel auch für den Schulbereich und letztlich für jeden Bereich des öffentlichen Dienstes. Und es gilt auch für die systemrelevante Deutsche Bahn. Auch dort fehlen tausende Beschäftigte und auch dort werden Überstunden ohne Ende aufgebaut.

Wer in unseren Reihen jetzt glaubt, dass die Politik sich demnächst den erkannten Defiziten widmen wird, der wird enttäuscht werden. Zunächst einmal wird es nach der Bundestagswahl einen Kassensturz geben, der auch den Bereich der Länder umfassen wird und der nach der fürchterlichen Flutkatastrophe noch heftiger ausfallen wird, als viele sich vorstellen können. Danach wird zunächst mal nicht mehr die Rede von den Bedarfen in den Krankenhäusern, Polizeidienststellen oder Schulen sein. Es sei denn, wir sorgen dafür. Und auch das müssen wir solidarisch tun!

Die erste Gelegenheit hierzu bietet die Einkommensrunde im Bereich der Länder. Formal betroffen sind hier nur die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer der Länder, mittelbar jedoch hat diese Einkommensrunde auch Auswirkungen für die Kommunal- und Landesbeamtinnen und -beamten. Und da die Ergebnisse von TV-L und TVöD sich stets gegenseitig beeinflussen, ist das Ergebnis auch für die übrigen Beschäftigten des öffentlichen Diensts von Bedeutung.

Nun hat die Tarifgemeinschaft deutscher Länder (TdL) schon vor einiger Zeit angekündigt, dass es bei den Potsdamer Tarifverhandlungen keinen Abschluss geben wird, wenn es beim Thema „Arbeitsvorgang“ kein Nachgeben der Gewerkschaften geben wird. Würden wir jedoch nachgeben, würden wir vielen Kolleginnen und Kollegen herbe Einkommensverluste bescheren. Uns steht also eine knallharte Einkommensrunde bevor, die viel länger dauern kann, als zunächst mal geplant, und bei der wir unter Umständen auch zum Mittel des Streiks greifen müssen. Auch dann werden schnell Stimmen laut, die rufen, dass das ein „Streik zur Unzeit“ sei.

Weder im Bereich des öffentlichen Dienstes, noch bei den privatisierten Bereichen dürfen wir diese Propaganda, die gerne im Gewand staatsmännischer Verantwortung daherkommt, akzeptieren. Wer unser Gemeinwesen stärken will, braucht gut ausgebildete Lehrkräfte, braucht mehr Pflegepersonal, braucht eine funktionierende Bahn, braucht...

Und wenn es dann zur Durchsetzung unserer berechtigten Forderungen einen Streik braucht, dann sollten wir die Stärke unserer Organisation geschlossen in die Waagschale werfen. Ich bin sicher, dass wir diese Geschlossenheit, die wir heute für unsere GDL zeigen müssen, in den nächsten Monaten und Jahren noch häufiger brauchen werden, wenn zum Beispiel eine neue Bundesregierung neue Vorstellungen zur Zukunft des Berufsbeamtentums entwickelt, die – wie es sich manche Parteien und Politiker erträumen – auf eine schrittweise Abschaffung des Berufsbeamtentums hinauslaufen.

Klar, in diesem Fall kann Streik nicht das Mittel unserer Wahl sein, aber Geschlossenheit und Handlungsfähigkeit brauchen wir auch dann.

In diesem Sinne appelliere ich an alle unsere Fachgewerkschaften, den Streik der GDL solidarisch zu unterstützen, zum Beispiel durch eindeutige Statements in den vielen Medien, durch die wir auch mit den Mitgliedern kommunizieren.

Mit kollegialen Grüßen



Ulrich Silberbach
Bundesvorsitzender